

Vorschlag für ein

Sofortprogramm »Lehrkräfte an die Schulen in Sachsen-Anhalt«

DIE LINKE wird in Regierungsverantwortung ein Sofortprogramm auf den Weg bringen, auf dessen Grundlage umgehend die dringendsten Einstellungen in den Schuldienst vorgenommen werden können. Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um das politisch angestrebte Ziel eines Unterrichtsangebots auf dem Niveau des Schuljahres 2013 / 2014 soweit und so schnell wie möglich zu erreichen. Darüber hinaus werden alle Anstrengungen unternommen, um die zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Integration und Beschulung von Flüchtlingskindern und weiteren Migrantinnen und Migranten ohne Einschränkungen zu sichern.

Mit dem angekündigten Programm sind nicht alle Probleme bei der Personalbereitstellung für die Schulen in Sachsen-Anhalt zu lösen. Personalengpässe werden die Arbeit noch über mehrere Schuljahre erschweren. Aber es muss umgesteuert, ein Anfang gemacht werden!

Das Sofortprogramm besteht aus fünf Elementen:

1. **Unterrichtsversorgung sichern** - noch für das Schuljahr 2016/17 sollen mindestens 300 zusätzliche Neueinstellungen ermöglicht werden, um die größten Defizite zu beseitigen.
2. **Zugang zum Schuldienst erleichtern** - Bewerbungshemmnisse sollen beseitigt werden, um allen, die befähigt und interessiert sind, die Türen zum Schuldienst zu öffnen.
3. **Berufsbegleitende Qualifikation anbieten** - Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehrerausbildung sollen zu anerkannten Abschlüssen geführt werden.
4. **Anreize in Mangelbereichen schaffen** - vor allem für die ländlichen Regionen sollen mehr Lehrkräfte gewonnen werden.
5. **Ausbildung erweitern** - schon ab Frühjahr 2017 sollen zusätzliche Ausbildungsplätze an weiteren Standorten für den Vorbereitungsdienst der Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Unterrichtsversorgung sichern – 300 zusätzliche Neueinstellungen zum Schuljahr 2016/17

Wir werden alles daran setzen, dass möglichst noch vor der Wahl, spätestens aber unmittelbar danach, im Landtag Entscheidungen getroffen werden, die es ermöglichen, noch mindestens weitere 300 Stellen über die bisher von der Landesregierung beschlossenen Einstellungskontingente hinaus für das kommende Schuljahr auszuschreiben. Dazu sollen die Spielräume aus freiwerdenden Stellen und, soweit erforderlich, auch Personalverstärkungsmittel eingesetzt werden. Die zusätzlichen Ausschreibungen sollen so schnell wie möglich erfolgen. Wir sind uns im Klaren, dass damit die Defizite nur zum Teil behoben werden können. Angesichts der Lage am Lehrkräftearbeitsmarkt sind noch umfangreichere Einstellungen aber kaum zu realisieren.

Zugang zum Schuldienst erleichtern – Bewerbungshemmnisse beseitigen

Die Ausschreibungen werden nicht mehr ausschließlich nach konkreten Einzelschulen und Fächern (nur noch bei zwingenden Bedarfslagen), sondern nach den Schulformen und Regionen (Landkreise und kreisfreie

Städte) erfolgen. Diese Flexibilisierung soll bei entsprechendem Erfolg auch für kommende Ausschreibungen gelten.

Bei offensichtlichem Bewerbermangel soll es keinen begrenzten Bewerbungszeitraum geben. Darüber hinaus soll ein dauerhaftes und breites Angebot für »Initiativbewerbungen« (keine Vorgaben für Schulformen, Fächer, Regionen, Einstellungszeitpunkt) geschaffen werden. Außerdem werden für Grund- und Förderschulen grundsätzlich alle Bewerbungen von ausgebildeten Lehrkräften – unabhängig vom Schulformbezug der Lehramtsausbildung – zugelassen. Auch für die Schulen der Sekundarstufen I und II wird die weitgehende Öffnung für »schulformfremde« Bewerbungen geprüft. So können u.a. allen Lehrkräften, die in Sachsen-Anhalt ausgebildet wurden und hier arbeiten wollen, Einstellungsmöglichkeiten geboten werden.

Bei weiterhin bestehendem Bewerbermangel soll die Besetzung der freien Stellen dadurch erreicht werden, dass auch Bewerbungen uneingeschränkt zugelassen werden, wenn folgende Ausbildungen vorliegen:

- Lehrkräfte mit einem Abschluss nach dem Recht der DDR;
- Lehrkräfte mit einer Lehramtsausbildung aber noch ohne abgeschlossenen Vorbereitungsdienst – der Vorbereitungsdienst wird in diesen Fällen i.d.R. durch berufsbegleitende Maßnahmen nachgeholt;
- Lehrkräfte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben;
- Bewerber, die keine Lehrerausbildung aber einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss nachweisen und auf dieser Grundlage Unterricht erteilen können – die pädagogische und didaktische Ausbildung ist in diesen Fällen i.d.R. berufsbegleitend zu absolvieren.

Berufsbegleitende Qualifikation anbieten – für Seiteneinsteiger Abschlüsse ermöglichen

Alle, die als Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehrerausbildung in den Schuldienst eintreten, müssen die realistische Chance haben, in absehbarer Zeit eine vollständig anerkannte Qualifizierung für ihren Beruf zu erlangen. Dabei sind Zeiten erfolgreicher Lehrtätigkeit angemessen zu berücksichtigen. Solide pädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten sind für die dauerhafte Tätigkeit als Lehrkraft unverzichtbar. Eine vollständige Lehrerausbildung ist auch die Voraussetzung für eine gleiche Bezahlung. Die Einstellung von Seiteneinsteiger darf nicht zu »Billiglehrern« bzw. zu Lehrkräften 2. Klasse oder zu Lehrkräften in ungesicherten Arbeitsverhältnissen durch immer wiederkehrende Befristungen führen.

Gemeinsam mit den Hochschulen müssen pädagogischer Masterstudiengänge geschaffen werden, in denen auf der Grundlage einer vorhandenen fachlichen Qualifikation eine anerkannte Lehrbefähigung erworben werden kann. Außerdem müssen wieder berufsbegleitende Studiengänge insbesondere in Mangelfächern angeboten werden, um das Fächerangebot zu verbessern und die berufliche Qualifikation von Lehrkräften zu vervollständigen und zu verbessern. Dazu sind kurzfristig Ergänzungszielvereinbarungen zu beraten und abzuschließen, ein finanzieller Ausgleich ist zu gewähren.

Für die Ausbildung an den Lehrerseminaren des LISA muss eine berufsbegleitende Seminarform entwickelt und umgesetzt werden. Die Kapazitäten und das Netz der Staatlichen Seminare sind schrittweise entsprechend auszubauen.

Spezifische berufs- und schulnahe Fortbildungsangebote für »Quereinsteiger« sollen auch am LISA entwickelt werden.

Die Stellenentwicklung am LISA ist den neuen Aufgaben anzupassen, die bisherigen Abbauziele sind zu revidieren.

Anreize in Mangelbereichen schaffen – mehr Lehrkräfte für ländliche Regionen gewinnen

Wir wollen umgehend Möglichkeiten schaffen, dass die kommunalen Schulträger gemeinsam mit den Einsatzschulen schon frühzeitig auf Studentinnen und Studenten bzw. Absolventinnen und Absolventen zugehen können.

Gemeinsam mit dem Landesschulamt und unter Beachtung des Stellenrahmens sollen sie Vereinbarungen abschließen können, die – einen erfolgreichen Abschluss der Ausbildung vorausgesetzt – die spätere Übernahme in den Schuldienst und ggf. weitere Regelungen mit Anreizen zum künftigen Einsatz enthalten können.

Vor allem der Vorbereitungsdienst als 2. Phase der Lehrerausbildung soll intensiv genutzt werden, um einen späteren Einsatz der Absolventen an ihrer Ausbildungsschule vorzubereiten. Schulen mit besonderen Problemen in der Personalgewinnung sollen durch die Schulträger, das Landesschulamt und die Lehrerseminare bei der Gewinnung von Lehramtsstudierenden für einen Vorbereitungsdienst besonders unterstützt werden. Zur Entwicklung und Umsetzung eines solchen Programms wird eine spezielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Schulbehörden, des LISA und der kommunalen Spitzenverbände gebildet.

Ausbildung erweitern – zusätzliche Ausbildungsplätze für die 2. Phase an weiteren Standorten

Entscheiden Grundlage für eine dauerhafte Verbesserung der Lehrkräfteversorgung ist die schnellstmögliche Anpassung der Kapazitäten in der Lehrerausbildung an den tatsächlichen Einstellungsbedarf. Neben der längerfristigen Erweiterung der universitären Lehrerausbildung muss vor allem die Ausbildung in den Seminaren für Lehrämter in möglichst kurzer Zeit spürbar erhöht und in der Fläche des Landes verankert werden.

Die künftigen Standorte der Staatlichen Seminare werden so gewählt, dass sie schrittweise zu regionalen pädagogischen Zentren ausgebaut werden können, um allen Lehrkräften regionale Fortbildungsangebote zu unterbreiten.

Neben diesen dringenden Sofortmaßnahmen werden wir mittel- und längerfristig neue Impulse setzen, die Lehramtsausbildung grundlegend zu reformieren. Unser Ziel ist eine breitere Ausbildung nach Schulstufen statt nach Schulformen im allgemein bildenden Bereich. Damit wollen wir eine deutlich höhere Flexibilität beim Lehrkräfteeinsatz erreichen.

Für spezifische Anforderungen im berufsbildenden Schulwesen werden wir auch neue Wege eröffnen.

Magdeburg, im Dezember 2015